

t.023 - AD/sca

genuine Kopie

S 8. Aug. 75 11

INTERDEPARTEMENTALES KOMITEE FUER
ENTWICKLUNGSHILFE

Protokoll der Sitzung vom 10. Juli 1975

Anwesend:

Eidg. Finanzverwaltung:

Herr Y. EMERY

Handelsabteilung:

Botschafter K. JACOBI
Herren E. ROETHLISBERGER ✓
P. SALADIN
J.P. BEGUIN

Abteilung für Landwirtschaft:

Direktor J.C. PIOT
Herr R.-H. de POURTALES

Direktion für Internationale Organisationen: Botschafter R. KELLER
Herr F. MUHEIM

Politische Direktion:

Herr H. KAUFMANN

Finanz- und Wirtschaftsdienst:

Herr H. GATTIKER

Delegierter für technische Zusammenarbeit:

Botschafter M. HEIMO
Vizedirektor R. WILHELM
Herren L. ERARD
R. GAECHTER
F. GIOVANNINI
P. LEUZINGER
S. SALVI
D. ALDER

Beginn der Sitzung 15.10 Uhr.

Herr Heimo eröffnet die Sitzung und schlägt vor, unter einem zusätzlichen Traktandum "Verschiedenes" den Kredit für Peru und das Projekt über die Suezkanal-Zone zur Sprache zu bringen. Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die westlichen Industriestaaten sind bekanntlich bereit, in globale Verhandlungen mit den Staaten der Dritten Welt zu treten. Nicht nur über Energieprobleme, sondern

auch über Rohstoffe soll gesprochen werden. Die kommende 7. Sondersession der UNO-Generalversammlung im September wird zeigen, welche Konzessionen die Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern eingehen werden. Aus den Äusserungen der Delegierten an der Sitzung des CAD von vergangener Woche geht hervor, dass die Industriestaaten zu konkreten Vorschlägen an die Dritte Welt bereit sind.

Die ad hoc-Gruppe Nord/Süd im Rahmen der OECD hat am letzten Dienstag eine generelle Prüfung des ganzen Problemkreises unternommen, um festzustellen, wo die Industriestaaten eine konstruktive Haltung gegenüber den von den Entwicklungsländern aufgeworfenen Punkten einnehmen können. Im gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich bereits folgendes festhalten:

- Die OECD-Staaten sind, wie auch wir, entschlossen, die staatliche Entwicklungshilfe in erster Linie auf die ärmsten Länder auszurichten.
- Besondere Anstrengungen sollen im Landwirtschafts- und Ernährungssektor unternommen werden.

Gegenwärtig scheinen die Industriestaaten bereit zu sein, eine ziemlich positive Haltung gegenüber den Punkten einzunehmen, welche die Entwicklungsländer anlässlich der 7. Sondersession zur Sprache bringen wollen. Doch dürften in naher Zukunft erst in namentlich folgenden Fragen wirkliche Fortschritte gemacht werden:

- Erhöhung der Landwirtschaftshilfe
- Anpassung des generellen Präferenzsystems
- technologische und industrielle Zusammenarbeit
- 5. Aufstockung der IDA

In diesen Verhandlungen befindet sich die Schweiz in einer besonders heiklen Lage: wir sind nicht nur gegenüber einzelnen Forderungen

der Entwicklungsländer etwas zurückhaltend - namentlich was den Transfer von Technik betrifft -, sondern wir befinden uns in Sachen staatliche Entwicklungshilfe unter den CAD-Ländern im letzten Rang. Unsere Hilfe hat sich 1974 verringert und dürfte in den kommenden Jahren kaum im gleichen Rhythmus ansteigen wie diejenige unserer westlichen Partner. Wir waren schon immer hinsichtlich der staatlichen Entwicklungshilfe in einer schwierigen Situation, aber das Problem stellt sich heute in noch akzentuierterer Form. In den bevorstehenden Diskussionen mit der Dritten Welt geht es um die Lebensinteressen auch unseres Landes. Unsere Entwicklungshilfe wird zum Prüfstein unserer Einstellung zur Zusammenarbeit mit der Dritten Welt werden. Die Mittel, welche uns zur Verfügung stehen, sind zu knapp, um alle Erwartungen, die in uns gesetzt werden, zu berücksichtigen. Wir müssen uns bewusst sein, dass der Betrag, welcher uns zur Verfügung gestellt wird, jeweils von innenpolitischen Gesichtspunkten dominiert ist. Die Solidarität unseres Landes darf nicht darunter leiden. Es ist angezeigt, dass wir unsere Situation neu überprüfen. Wir müssen dem Bundesrat, unter Umständen auch dem Parlament, die total veränderte Problemlage in unseren Beziehungen zur Dritten Welt möglichst rasch darlegen. Wir stehen vor einem echten Problem: wir können bei internationalen Konferenzen jeweils mündlich zur Diskussion beitragen, zu den erwarteten Taten fehlen uns aber die finanziellen Mittel. Wie stellen sich die Teilnehmer dieser Sitzung zum aufgeworfenen Problem ?

Herr Piot verweist auf die Rezessionsprobleme in der Schweiz und die bekannten Schwierigkeiten der Exportindustrie. Angesichts der dadurch verursachten Verminderung der Einnahmen wird es immer schwieriger werden, die notwendigen finanziellen Mittel aufbringen zu können. Deshalb muss unbedingt auch die öffentliche Meinung für die aufgeworfenen Probleme sensibilisiert werden. Auf diesem Gebiet ist noch viel zu arbeiten. Auch in der Schweiz gibt es noch unterentwickelte Gebiete, namentlich in der Alpenregion. Die dort lebenden Schweizer beurteilen ihre Probleme im Zusammenhang mit dem durchschnittlichen Lebensniveau ihrer Mitbürger in den übrigen Gebieten,

sie können nicht verstehen, dass Millionen für die Entwicklungshilfe ins Ausland gehen. In der öffentlichen Diskussion muss hier eingehakt werden. Vergrösserte Anstrengungen sind vonnöten.

Herr Heimo gibt zu bedenken, dass alle Staaten innerhalb ihrer Grenzen unterentwickelte Gebiete haben. Die Schweiz ist aber das einzige Land, das seine Entwicklungshilfe verringert hat. Mit den 0,14% unseres BSP, die wir im Jahre 1974 aufbrachten, stehen wir mit Italien zusammen an letzter Stelle der Industriestaaten. Grossbritannien, Frankreich und Deutschland fahren fort, ihre Beiträge zu erhöhen, obwohl auch diese Staaten wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Als eine der reichsten Nationen der Welt können wir nicht weiterhin in diesem Zustand verharren, wir manövrieren uns sonst in eine sehr "unkomfortable Situation".

Herr Jacobi bezweifelt nicht, dass sich alle einig sind darüber, dass etwas unternommen werden muss. Es ist aber auch eine Frage des Zeitpunktes. Erst nach dem Zusammentreten des Exekutivkomitees der OECD am 18. Juli kann ein Schluss gezogen werden. Dann wird es darum gehen, die politischen Willenserklärungen in die Tat umzusetzen. Dabei muss sich die Schweiz im klaren sein, wo sie Leistungen erbringen kann. Diese müssen im Lichte aller auf dem Spiele stehenden schweizerischen Interessen gesehen werden. Eine interessenpolitisch bedingte Entwicklungszusammenarbeit wurde schon in der Botschaft zum betreffenden Gesetz zum Ausdruck gebracht. Insofern kann gesagt werden, dass sich Bundesrat und Verwaltung der Verbindung der verschiedenen Problemkreise durchaus bewusst sind. Für die Bevölkerung trifft dies aber nicht zu. Doch können wir erst nach Ablauf der Referendumsfrist für den IDA-Darlehensbeschluss am 29. September klarer sehen, ob in der Öffentlichkeit eingesehen wird, dass auch die Solidarität unter den Geberstaaten uns zu einem Mehr tun verpflichtet.

Herr Emery kann sich den Ueberlegungen von Herrn Piot anschliessen, muss aber zu bedenken geben, dass die Finanzverwaltung in bezug auf eine Erhöhung der Entwicklungshilfe ziemlich skeptisch oder sogar

pessimistisch eingestellt ist. Die Entwicklungshilfe steht im Budget A, sie kann nicht ein Budget C werden. Es gibt keine Mittel, die Entwicklungshilfe von Einschränkungen zu befreien. Es besteht zwar die Hoffnung, dass sie etwas geschont werden kann. Aber es darf nicht vergessen werden, dass die Entwicklungshilfe eine sehr beliebte Zielscheibe für Budgetstreicher darstellt. Es ist am Bundesrat, sich darüber auszusprechen. Die Finanzverwaltung ist lediglich ausführendes Organ des bundesrätlichen Willens, auch wenn sie in gewisser Hinsicht auch inspirierend tätig ist. Grosse Dinge können also nicht erwartet werden.

Herr Helmo zeigt Verständnis für die Aufgaben der Finanzverwaltung. Jeder versucht, seine Politik zu verteidigen. Aber es muss doch festgehalten werden, dass unsere Exporte in die Industrieländer gesunken sind, während diejenigen in die Entwicklungsländer angestiegen sind. Das grössere Interesse an den Ländern der Dritten Welt ist also offensichtlich. Dies muss logischerweise zu einer Erhöhung unserer Hilfe führen, welche sich auf jeden Fall zu unsern Gunsten auswirken wird.

Herr Jacobi schlägt vor, dass dieser Fragenkomplex von den interessierten Departementen (EFZD, EVD, EPD) zusammen besprochen wird.

Herr Helmo begrüsst dieses Vorgehen und schlägt vor, dass HA und DftZ zusammen eine Informationsnotiz an den Bundesrat oder die Delegation für Finanz und Wirtschaft ausarbeiten.

Herr Plot kommt auf die Information der Bevölkerung zurück. Wer ist hier zuständig? Unsere Informationspolitik ist einfach zu schwach. Beispiel: die Reaktion in der Presse auf die bemerkenswerte Rede von Bundespräsident Graber vor dem Parlament über die weltpolitische Lage der Schweiz war praktisch null. Hat man die Wichtigkeit dieser Aeusserungen nicht erkannt, oder liegt ein bewusstes Schweigen vor? Eine gewisse Sabotage von der Seite der Zeitungen ist nicht auszuschliessen. Für den Bürger ist es enorm schwierig, gute Informationen

zu erhalten. Unser Informationsdienst ist zu klein. Es müssen dringend neue Möglichkeiten gesucht werden.

Herr Heimo leitet über zum 1. Traktandum (FIDA). Ueber die Vorgeschichte des FIDA wurden die Sitzungsteilnehmer bereits orientiert. Anlässlich der Sitzung der ad hoc-Gruppe Nord/Süd kam auch ein eventueller Beitrag der Schweiz zur Sprache. Wir konnten nur erklären, dass wir die Frage einer möglichen Beteiligung wohlwollend prüfen würden. Eine verstärkte Landwirtschaftshilfe liegt genau in der Linie unserer Entwicklungshilfepolitik. Bekanntlich sieht der saudiarabische Vorschlag ein Anfangskapital von ca. 1,25 Mia. \$ für drei Jahre vor. Von dieser Summe ausgehend hätten wir uns, falls die "matching clause" zur Anwendung kommt, für die Jahre 1976-78 mit je 6-7 Mio. SFr. zu beteiligen. Auf der anderen Seite steht eine Erklärung von Kissinger, in der von einem jährlichen Betrag von 1 Mia. \$ die Rede ist. Dieser Vorschlag würde die Schweiz jährlich mit rund 16 Mio. SFr. belasten. Hat man weitere Informationen erhalten, und wie stellt man sich den Weg der Finanzierung vor ?

Herr Gaechter erklärt, dass seit der Erklärung von Kissinger nichts mehr verlautete in dieser Hinsicht. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Saudiarabien immer von einem Anfangskapital für drei Jahre gesprochen hat. Was die Finanzierung anbetrifft, so sollte man sich dafür einsetzen, dass bereits bestehende Kanäle benützt werden, wie PNUD, Weltbank oder die regionalen Entwicklungsbanken.

Herr Jacobi interessiert sich für die genaue Zwecksetzung des Fonds. Falls es sich um Beiträge "à fonds perdu" handelt, ergeben sich namentlich zwei Schwierigkeiten:

1. Das Problem der Kontrolle: wer garantiert die richtige Verwendung der Gelder ?
2. Da es sich um eine multilaterale Operation handelt, wird mit einer zusätzlichen Opposition zu rechnen sein, die zwar nicht fundiert sein wird. Auch in diesem Zusammenhang müssen wir wieder abwarten

und sehen, wie es mit dem IDA-Darlehen stehen wird. Wenn die Zweckbestimmung klar und sinnvoll ausgestaltet sein wird, würden diese Probleme kleiner.

Herr Gaechter weist darauf hin, dass die meisten Länder sich bereits zur Beteiligung am FIDA verpflichtet haben, obwohl erst im November feststehen wird, wie die Mittel verwendet werden.

Herr Heimo stellt fest, dass auf das ganze Problem zurückzukommen ist, welches eine Priorität unserer Politik darstellt. Im gegenwärtigen Zeitpunkt können wir nicht weiterkommen.

Herr Plot macht abschliessend noch darauf aufmerksam, dass eine schweizerische Beteiligung auch deswegen angezeigt wäre, da die von der Schweiz an der FAO-Konferenz eingenommene Haltung der Kritik ausgesetzt war.

Herr Heimo kommt zum 2. Traktandum (Finanzhilfeplanung) und weist auf die wachsende Bedeutung der Finanzhilfe für die Entwicklungsländer hin. Die reine technische Zusammenarbeit genügt in der gegenwärtigen Krise erst recht nicht mehr. Auf unsere Stellung im Vergleich mit den anderen Industrieländern wurde schon hingewiesen. Die Finanzhilfe ist ein für den DftZ ideales Gebiet, auf dem grössere Anstrengungen unternommen werden könnten. Denn es sind uns auch dadurch Grenzen gesetzt, dass oft gut ausgewiesene Experten für unsere Aufgaben fehlen. Der vom Bundesrat angenommene Finanzplan ist äusserst knapp. Er lässt uns praktisch keine Flexibilität im Hinblick auf neu auf uns zukommende Bedürfnisse. Im Vergleich zum ursprünglich vorgesehenen Plan ist er sehr gedrängt ausgefallen. Er wird es uns nicht ermöglichen, unsern schlechten Rang unter den CAD-Staaten zu verbessern. Die Natur unserer Finanzhilfeoperationen verlangt eine lange Vorbereitungszeit. Nehmen wir als Beispiel Peru: Vorbereitungszeit 1972-75, die Verwirklichung erfolgt in den nächsten drei Jahren. Heute ist es praktisch unmöglich geworden,

*) in der technischen Zusammenarbeit

im Budget Projekte aufzuführen, für die wir uns nicht bereits formell verpflichtet haben. Dies bereitet uns oft Schwierigkeiten in den Projektverhandlungen. Die Aufrechterhaltung der bilateralen Finanzhilfe ist für uns sehr wichtig, namentlich im Rahmen von integrierten Projekten. Gerade hier dürfte keine Einschränkung erfolgen.

Herr Emery teilt mit, dass die Finanzverwaltung den Plan im allgemeinen akzeptieren kann. Es scheint, dass er im Rahmen des Zahlungsplafonds bleibt. Aber es muss doch darauf hingewiesen werden, dass der Bundesfinanzplan nicht zwingend ist. Immer wenn es zu grösseren Defiziten kommt, muss das Budget reduziert werden. Heute ist es wichtiger denn je, dass eine gemeinsame Wellenlänge gefunden wird. Der Finanzhilfeplan muss in den Gesamtfinanzplan eingefügt werden können. Auf den vorliegenden Plan trifft dies durchaus zu.

Herr Heimo findet den Aspekt, dass der Plan nicht eine feste Verpflichtung sein soll, sehr unbefriedigend. Hat man die spezielle Natur unserer Tätigkeit nicht ganz verstanden? Der Verwirklichungsgrad unseres Plans muss sehr hoch sein, wenn unsere zeitliche, geographische und politische Staffelung unserer Mittel nicht vollkommen umgekrempelt werden soll. Eine solche ständige Neuorientierung würde sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Ausser bei Fällen "höherer Gewalt" sollte unser Plan auch voll verwirklicht werden können.

Herr Emery: Früher stellte sich dieses Problem nicht. Aber heute, wo wir Defizite haben, können wir nicht endlos auf dem schweizerischen Kapitalmarkt Anleihen aufnehmen. Es bleibt uns nur die Möglichkeit der Budgetreduzierung. Es darf nicht vergessen werden, dass der Rahmenkredit ein Verpflichtungskredit und nicht ein Ausgabenkredit ist.

Herr Heimo sieht diese Schwierigkeiten. Uns stellt sich in diesem Zusammenhang aber die Frage: welche Priorität gibt die Finanzverwaltung unseren geplanten Ausgaben? Dies muss im voraus genau gesagt werden können. Eine hinterher erfolgende Streichung ist untragbar.

Herr Jacobi teilt die Bedenken von Herrn Heimo. Eine solche unbefriedigende Situation ist keine Unterlage für eine vernünftige Politik. Nach der Finanzverwaltung soll es jedesmal nichts aus dem Rahmenkredit geben, wenn keine spezielle gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Wenn wir mit jeder Ausgabe vors Parlament gehen müssen, führt das schlussendlich dazu, dass nicht mehr wir, sondern das Parlament die Aussenpolitik betreibt. Eine Planung, die zu solchen Zuständen führt, kann nicht angenommen werden.

Herr Emery sieht wegen der Umschreibung des Rahmenkreditbegriffs keine andere Lösung. Sicher ist diese Praxis nicht befriedigend, aber die politische und rechtliche Situation zwingt uns dazu.

Herr Heimo glaubt nicht, dass man bei der Schaffung des Finanzhaushaltsgesetzes an die Art von Ausgaben gedacht hat, die mit der Tätigkeit des DftZ verbunden sind. Liegt nicht eine systemfremde Gesetzesinterpretation vor? Wie dem auch sei, es stellt sich nun die Frage nach der geeigneten Form eines Rahmenkredits. Wie aus der Unterlage zum Traktandum hervorgeht, bieten sich uns drei Möglichkeiten. Wir sind der Ansicht, dass es am einfachsten wäre, wenn man sich für die globale Behandlung von bilateraler und multilateraler Finanzhilfe entschiede, wie es auch bisher getan wurde.

Herr Jacobi ist auch der Ansicht, dass diese Lösung gewählt werden sollte, da sie eine richtige Planung ermöglicht. Sie zeigt insbesondere auch den interessierten Stellen, welche Mittel verwendet werden sollen. Wenn man sich für dieses Vorgehen entscheidet, so muss man sich logischerweise auch für eine Kompetenzdelegation an die Exekutive einsetzen. Die Frage ist nur die, ob die gegenwärtigen Umstände dies erlauben. Auch hier spielt wieder der Ausgang des IDA-Referendums eine Rolle. Wir sollten deshalb auch eine Alternativlösung erarbeiten.

Herr Emery erklärt, dass auch die Finanzverwaltung der Meinung ist, dass die vorgeschlagene Lösung eine Planungshilfe darstellt. Für den DftZ entsteht dadurch eine gewisse Versicherung, dass die

eingeschlagene Richtung richtig ist. Auch gegen die Kompetenzdelegation hat die Finanzverwaltung keinen grundsätzlichen Einwand. Aber unter der gegenwärtigen Regelung sind eben internationale Darlehensverträge über eine Dauer von 15 und mehr Jahren dem Referendum unterstellt.

Herr Jacobi wendet ein, dass im Falle einer Kompetenzdelegation einfach der Beschluss über den Rahmenkredit dem fakultativen Referendum unterstellt würde. Der Punkt der Kompetenzdelegation ist namentlich dort wichtig, wo der schweizerische Beitrag das Resultat des internationalen "burden sharing" ist. Unter Umständen müssten sonst die Hauptverhandlungen über die Aufteilung wiederholt werden. Die diesbezüglichen Schwierigkeiten der USA sind uns bekannt. Die multilateralen Verhandlungen sollten nicht noch zusätzlich belastet werden.

Herr Heimo wirft die Frage nach dem zeitlich günstigsten Vorgehen auf.

Herr Jacobi erinnert daran, dass in der jetzigen Diskussion immer von der vorteilhaften Hypothese ausgegangen wird, dass das IDA-Referendum nicht zustande kommen wird. Dies ist allzu optimistisch. Wir müssen auch mit der gegenteiligen Situation rechnen und demnach auch die beiden anderen Varianten, wie sie im Papier zum Traktandum dargestellt sind, in Erwägung ziehen. Die zweite Variante ist insofern bereits präjudiziert, als der Bundesrat gestern Beschluss gefasst hat über das "Third window" der Weltbank und die Erdölfazilitäten des IMF. Was unsere Beiträge für die Asiatische Entwicklungsbank und den Fonds Africain betrifft, so sollten diese womöglich als ad hoc-Paket behandelt werden. Doch werden wir erst im September in dieser Angelegenheit weiter sehen, wenn die Aussprache mit der bundesrätlichen Delegation für Finanz und Wirtschaft stattgefunden haben wird.

Herr Heimo hält zum Schluss fest, dass man aus praktischen Gründen von der 1. Variante (in der Traktandumunterlage unter 5 a) abgekommen ist. Auf das weitere Vorgehen werden wir noch zurückkommen müssen.

Herr Heimo führt das 3. Traktandum (Dreieckshilfe) ein und erwähnt in Ergänzung zur Diskussionsunterlage die guten Erfahrungen Kanadas und der BRD mit der Dreieckshilfe. Für uns stellen sich namentlich folgende Probleme:

- das notwendige Personal ist nicht einfach zu finden;
- die Dreieckshilfe würde mangels Anrechnung nicht zur Verbesserung unserer schlechten Lage im Rahmen der CAD-Staaten beitragen;
- soll von Fall zu Fall entschieden werden, oder soll die Dreieckshilfe in zukünftigen Rahmenabkommen speziell geregelt werden ?
- müssen wir solche Aktionen suchen oder eher Vorstösse der Partnerseite abwarten ?

Herr Giovannini orientiert über die gegenwärtig in Aussicht genommene Aktion in Mauretanien und den geplanten Vertrag mit Libyen, über dessen Form und Inhalt noch keine Entscheidung vorliegt.

Herr Heimo: Von unserer Seite aus besteht sicher ein grosses Interesse an solchen Aktionen. Aber auch hier gilt es, vor allem die ärmsten Länder zu berücksichtigen. Die "aide payée" darf nur Nebenzweck sein. Die Prioritäten sind anders gesetzt. Doch kann der daraus resultierende Vorteil für die schweizerische Wirtschaft beträchtlich sein.

Herr Salvi erwähnt das schweizerisch-deutsche Strassenbauprojekt in Rwanda. In diesem Fall hat die BRD bei arabischen Staaten über Finanzierungsmöglichkeiten sondiert. Die offizielle Anfrage stellte aber Rwanda selbst.

Herr Jacobi begrüsst die Idee der Dreieckshilfe, vor allem die eigentlichen Dreiecksgeschäfte, bei denen schweizerische Investitionsgüter für Entwicklungsländer durch die OPEC-Staaten bezahlt werden. Doch sollte die Initiative für solche Geschäfte von der Privatindustrie ausgehen, wir können diese allerdings darin unterstützen. Diese Art Geschäfte gehört aber nicht unter den Titel der technischen Zusammenarbeit, sondern es handelt sich dabei um Exportförderungsmassnahmen, finanziert durch finanzkräftige Staaten.

Herr Heimo sieht Vor- und Nachteile bei Geschäften dieser Art, welche direkt von der Privatwirtschaft getätigt werden. Oft ist auch die staatliche Hilfe wünschbar, namentlich wegen des vereinfachten Vorgehens. Auch der Vorort und die SZH können eingeschaltet werden. Im Hinblick auf die nächste Botschafterkonferenz, an der auch die Dreieckshilfe zur Sprache kommen wird, wurde bereits Kontakt mit Industriekreisen aufgenommen.

Herr Keller unterstreicht die Bedeutung der schweizerischen Reserve an "know how". In der gegenwärtigen Rezession ist es zu begrüßen, wenn dafür selbst bezahlende oder von Dritten unterstützte Abnehmer gefunden werden können.

Herr Heimo betont auch die Wichtigkeit der Sekundärwirkungen solcher Geschäfte auf unsere Wirtschaft. Andere Staaten sind uns auf diesem Gebiet weit voraus. Es stellt sich auch die Frage, ob eventuell ein bestehendes oder speziell zu schaffendes Organ für diese Aufgabe eingeschaltet werden sollte.

Herr Jacobi verweist in diesem Zusammenhang auf die heutige Sitzung über Iran mit dem Vorort und der SZH. Es wird nicht unsere Sache sein, die Entwicklungsländer aufzufordern, die OPEC-Staaten um Geld anzugehen. Wir haben in erster Linie ein Interesse daran, mit den OPEC-Staaten direkt in Gespräche über die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu treten. Dies läuft aber bereits via Vorort und SZH.

Herr Gaechter bemerkt dazu, dass die Gefahr bestehe, dass dann gewisse OPEC-Staaten unsere Experten an sich reißen, während die restliche Dritte Welt leer ausgeht. Dies sollte unbedingt verhindert werden.

Herr Keller regt an, dass z.B. unsere Vertretung in Djeddah Kontakt aufnehmen könnte mit den Vertretern der potentiellen Abnehmerstaaten unserer Dreieckshilfe, um ihnen die Grundidee darzulegen.

Herr Giovannini kommt konkret auf Libyen zu sprechen, da es sich dabei um einen Präzedenzfall handelt. Wir betreten hier absolutes Neuland. Die interessierten Stellen sollten sich dazu äussern.

Herr Saladin weist darauf hin, dass der Afrikadienst der Handelsabteilung ein sehr grosses Interesse an einem Vertrag mit Libyen hat, und schlägt eine Zusammenkunft in der folgenden Woche vor.

Herr Kaufmann erwähnt in diesem Zusammenhang den Besuch von Herrn Ellenberger, Präsident der schweizerisch-arabischen Gesellschaft, beim Generalsekretär des EPD. Dabei kam das grosse libysche Interesse an technischem "know how" und an Facharbeitern zum Ausdruck. Die Zusammenarbeit mit der Schweiz wird gesucht, da man weiss, dass damit keine Gefahr einer Abhängigkeit verbunden ist. Offenbar wurde Herr Ellenberger als Mittelsmann eingeschaltet.

Herr Helmo äussert sich kritisch über das fehlende Interesse der schweizerischen Privatwirtschaft an der Dreieckshilfe. Die deutsche Wirtschaft hat schon einige Erfahrungen gesammelt auf diesem Gebiet.

Herr Helmo leitet über zum 4. Traktandum (IDA-Referendumskampagne) und erkundigt sich nach dem letzten Stand der Dinge.

Herr Leuzinger teilt mit, dass Herr Raeber kürzlich Gelegenheit hatte, sich mit Herrn Schwarzenbach über das Referendum zu unterhalten. Dieser habe sich sehr positiv über die Fortschritte der Unterschriftensammlung geäussert. Es wird fest damit gerechnet, dass das Referendum zustande kommen wird.

Herr Jacobi glaubt, dass die Referendumskampagne nicht so sehr auf die IDA abzielt als vielmehr darauf hinausläuft, die Frage Entwicklungszusammenarbeit ja oder nein zu stellen. Gerade dies muss verhindert werden. Die Aufklärungskampagne muss konkret über die Tatsachen berichten, wie und weshalb die Schweiz der Weltbank ein Darlehen von 200 Mio. Fr. zur Verfügung stellt. Unter allen Umständen muss vermieden werden, dass der Eindruck entsteht, die Abstimmung

über das Entwicklungshilfegesetz sei praktisch ersetzt worden. Die Weltbank ist bereit, uns jemanden von ihrem Informationsdienst zur Verfügung zu stellen. Dies sollte aber nicht in Form einer Abstimmungstournée, sondern eher im Sinne eines einmaligen Auftrittes eines Spezialisten am Radio oder Fernsehen erfolgen, quasi als Schlussbombe vor der Abstimmung.

Herr Heimo ist der Ansicht, dass in der Abstimmungskampagne sehr ausführlich an die Bevölkerung herangetreten werden muss.

Herr Jacobi schlägt ein offensives Vorgehen vor. Wir dürfen uns nicht in die Verteidigung drängen lassen. Dies wird uns zwar noch einige Probleme stellen. Die Abstimmung dürfte wohl erst im Juni 1976 erfolgen. Es bleibt uns also noch eine Vorbereitungszeit.

Herr Heimo stellt abschliessend fest, dass im jetzigen Augenblick noch keine Abstimmungsstrategie entworfen werden kann. Im gegebenen Zeitpunkt müssen wir noch einmal zusammentreten.

Zum Thema Peru-Kredit übergehend stellt Herr Heimo die Frage nach dem günstigsten zeitlichen Vorgehen.

Herr Jacobi teilt mit, dass Bundesrat Brugger zwei Möglichkeiten erwähnt habe. Entweder muss das Auszahlungsprofil geändert werden, indem die Zahlung erst 1977 anstatt 1976 erfolgt. Wenn die Auszahlung aber schon im nächsten Jahr erfolgen soll, geht es nur mit einem Nachtragskredit. In diesem Fall sollte der Peru-Kredit zusammen mit den anderen gestrichenen Projekten (Asiatische Entwicklungsbank, Fonds Africain) in ein Paket genommen werden.

Herr Wilhelm betont, dass bereits 1976 mindestens 4 Mio. Fr. ausbezahlt werden sollten. Im übrigen liegt die Botschaft für den Kredit bereit.

Herr Jacobi schlägt vor, das ganze Problem nochmals zu besprechen.

Herr Heimo kommt auf die Suezkanal-Zone zu sprechen. An seiner

20. Session wurde dem Verwaltungsrat des PNUD von Aegypten die Bildung eines Spezialfonds von ca. 15 Mio. \$ für die Planungsstudien im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Suezkanal-Zone vorgeschlagen. Die Niederlande stellten darauf sofort einen Betrag von 2 Mio.\$ für diese Aufgabe zur Verfügung, verbunden mit einem Darlehen von 10 Mio. \$. Die Schweiz konnte erst die wohlwollende Prüfung eines Beitrags ankündigen. Es stellt sich nun die Frage, ob und in welchem Ausmasse wir uns bei diesem Projekt engagieren wollen.

Auf der andern Seite besteht auch noch das Projekt von Prof. Custer von der ETH, welches die Bildung einer "Commission consultative égypto-suisse" für die Planungsfragen der Kanalzone vorsieht. Die diesbezüglichen Diskussionen führten unseres Wissens noch zu keinem konkreten Resultat. Wir sollten daher eine Beteiligung an der PNUD-Aktion in Erwägung ziehen.

Herr Jacobi schlägt vor, dass diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert wird.

Ende der Sitzung 18.30 Uhr.



(D. Alder)